

Für eine Welt ohne Krieg, Militär und Gewalt!

Nein zu öffentlichen Gelöbnissen der Bundeswehr in Mainz und anderswo!

Demonstration

Dienstag, 24. Juni 2014

15.30 Uhr Hauptbahnhof Mainz

Vor dem Landtag von Rheinland-Pfalz in Mainz soll am 24. Juni wieder ein öffentliches Gelöbnis der Bundeswehr stattfinden. Das Gelöbnis soll laut Landtagspräsident Mertes die „enge Verbundenheit von Parlament und Bundeswehr zum Ausdruck“ bringen, vor allem bezüglich der Auslandseinsätze. Es ist kein Routinegelöbnis wie ein Gelöbnis auf einem Kasernenhof. In einer Landeshauptstadt direkt vor dem Landtag ist es als öffentlichkeitswirksame politische Demonstration von landesweiter und überregionaler Bedeutung gedacht, für die extra SoldatInnen aus Speyer und Germersheim herbeikommandiert werden.

Das Gelöbnis ist eine politische Demonstration

- für die Auslandseinsätze der Bundeswehr
- für eine noch stärker militarisierte Außenpolitik, wie sie lautstark von Gauck, von der Leyen und Gabriel propagiert wird
- für die aggressive Expansionspolitik von EU und NATO, die in diesem Jahr zu einer unverantwortlichen Konfrontation mit Russland geführt und die Kriegsgefahr in Europa drastisch erhöht hat.
- für die Militarisierung der Gesellschaft.

Jetzt ist Deeskalation nötig, kein Säbelrasseln mit militärischen Drohgebärden und Aufmärschen.

Ein öffentliches Militärgelöbnis im Gedenkjahr an den Beginn des Ersten Weltkriegs ist besonders geschmacklos. Damit werden viele Millionen Kriegssopfer verhöhnt.

Von der Leyen will das Verständnis für den Soldatenberuf erweitern und so die breite Anerkennung für den Dienst in der Bundeswehr sicherstellen. Im Koalitionsvertrag der derzeitigen Bundesregierung heißt es: „Feierliche Gelöbnisse etwa sind Ausdruck der Verankerung der Bundeswehr in der demokratischen Gesellschaft.“

Gelöbnisse sind nur ein Teil der Offensive der Bundeswehr im öffentlichen Raum. Die Bundeswehr drängt in Bildungseinrichtungen – nicht nur in Schulen und Universitäten, sogar schon in Kindergärten. Aber auch bei Ausbildungsmessen, in Arbeitsagenturen, in Medien und bei Jugendfestivals und Volksfesten wird verstärkt um Nachwuchs und für Zustimmung zur Kriegspolitik geworben.

Nein zur Militarisierung der Gesellschaft!

Nein zu den Auslandsinterventionen und Kriegen von NATO und Bundeswehr!

Nein zur militärischen Absicherung wirtschaftlicher Interessen !

Kein Werben fürs Sterben!

Für friedliche und gewaltfreie Konfliktlösung!

Der Aufruf wird bisher (2.6.) unterstützt von: Antira Mainz; ARAK – Antirassistischer Arbeitskreis Mainz; Arbeitsgemeinschaft Frieden Trier; AKU Wiesbaden; Armut und Gesundheit in Deutschland e.V.; attac Mainz; BLOCKUPY Mainz/ Wiesbaden; Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) Rheinland-Pfalz, Gruppen Darmstadt, Frankfurt, Mainz; DKP Mainz; FAU Frankfurt; Initiative Ökosozialismus; DIE LINKE. Ahrweiler; DIE LINKE. Mainz/Mainz-Bingen; DIE LINKE. Wiesbaden; Linksjugend [solid] Mainz/Wiesbaden; Linkswärts e.V.; Pax Christi Bistumsstelle Trier; Revolutionär Sozialistischer Bund (RSB); Schwarzrote Kneipe Mainz; YXK Mainz / Perspektive Kurdistan

Weitere und aktualisierte Informationen: www.dfg-vk-mainz.de